



15. April 2024

Ergebnisniederschrift der Sitzung vom 11.04.2024

Dauer: 19:30 Uhr bis 21:30 Uhr

Teilnehmer: Joachim Alt (Moderation), Bettina Appelt, Bernd-Olaf Hagedorn, Walter Nepelius, Gerd Schmidt (Protokoll), Wolfgang Schwämmlein

TOP 1, BVF Mitgliederversammlung am 12./13.04.2024 in Frankfurt/Main

Am 12.04.2024 werden der Präsident, sein Stellvertreter und die Beisitzer neu gewählt. Der bisherige Präsident Carl Ahlgrimm ist am 9. April 2024 zurückgetreten und wird sich nicht mehr zur Wahl stellen. Für das Präsidentenamt bewerben sich Berthold Fuld und Werner Kindsmüller. Berthold Fuld hat seine Kandidatur von der Einstellung der Kampagne „Minus 20% bis 2030“ abhängig gemacht. Bei einer Wahlniederlage steht er auch nicht als Vizepräsident zur Verfügung. Erwin Stufler kandidiert auf eine der drei Vizepräsidentenstellen.

Info nach unserer Sitzung: Die Mitgliederversammlung hat am 12.04.2024 den bisherigen Vizepräsidenten Werner Kindsmüller aus Kaarst zum neuen Präsidenten gewählt. Der bisherige Vizepräsident Berthold Fuld konnte sich nicht durchsetzen und wird auch nicht wieder in das Präsidium einziehen. Berthold Fuld bleibt jedoch Beisitzer im Vorstand. Als Vizepräsidenten wurden Friedrich Thießen von der TU Chemnitz, Erwin Stufler, Stadtrat in Mainz, und Helmar Pless, Fraktionsgeschäftsführer der Grünen in Essen, gewählt.

Wolfgang Schwämmlein wurde als einer der 10 Beisitzer in seinem Amt bestätigt. Knut Dörfel, BBI, hatte als Beisitzer kandidiert, wurde jedoch nicht gewählt.

TOP 2, Neuer Termin des IKUL-Infostands

Walter Nepelius berichtete, dass am Wochenende vom 31. Mai bis 02. Juni 2024 die Zukunftsinitiative Mainz (eine Kooperation verschiedener Bildungs-, Naturschutz- und Nachhaltigkeitsorganisationen) in der Mainzer Innenstadt ein Nachhaltigkeitsfestival veranstaltet.

Ziel des Festivals sei es, einen Begegnungsraum für alle Mainzer:innen zu schaffen, der Dialog und Austausch ermöglicht und fördert. Dafür wird es ein breites Angebot geben, ganz nach dem Motto "Mein Handeln hat Konsequenzen – nicht nur für mich und mein Umfeld, sondern auch für andere. Ich kann dazu beitragen, die Welt ein Stück weit zu verbessern".

Über drei Tage hinweg werden verschiedene Orte der Innenstadt mit einem kreativen Programm für Jung und Alt mit Kultur und Bildung, Musik, Sport, Reparatur- und Mitmach-Möglichkeiten bespielt. Mit einer bunten Mischung an informativen und unterhaltenden Programmpunkten werden konkrete positive Beispiele gezeigt wie Nachhaltigkeit "funktioniert", was möglich und machbar ist und wie und wo man sich in der Stadt engagieren kann.

Bettina Appelt will, dass sich IKUL auch an diesem Tag einbringt. Sie kümmert sich um die Aufstellgenehmigung des IKUL Infostandes (Aufbau und Ausstattung wie am 9. März 2024) auf dem Theatervorplatz.

TOP 3, Sachstandsbericht über die Beschlusslage der Anträge (Fahrwerke, UFP-Messungen)



Die Anträge wurden in den Ortsbeiräten Bretzenheim, Hechtsheim, Laubenheim, Lerchenberg, Oberstadt und Weisenau –zwar teils textlich und inhaltlich abweichend- beschlossen. Keine Information lag über die Beschlusslage in Marienborn vor.

Der Messantrag wurde auch in den Ortsgemeinden Essenheim, Klein-Winternheim, Ober-Olm und Stackeden-Elsheim gestellt. Bernd-Olaf Hagedorn berichtete, dass der Bürgermeister der Verbandsgemeinde Nieder-Olm, Ralph Spiegler, die Landrätin Dorothea Schäfer angeschrieben hat. Infolge der Ratsbeschlüsse der Ortsgemeinden Essenheim, Klein-Winternheim, Ober-Olm und Stackeden-Elsheim bittet der Verbandsbürgermeister die Landrätin auf das zuständige Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität einzuwirken, damit dieses die Exposition der Bürger durch Ultrafeinstaub aus dem Flugverkehr messtechnisch überprüfen lässt.

TOP 4, UFP-Studienvergabe durch das UNH (Umwelt- und Nachbarschaftshaus)

Joachim Alt berichtete über die aktuellen Beratungen und das weitere Verfahren des UNH. Im Ergebnis dient die Verfahrensweise des UNH nur der weiteren zeitlichen Verschleppung.

Als großer Mangel wird seitens der LK die Ausklammerung der UFP-Exposition der am Flughafen Beschäftigten gesehen.

Das Forum Flughafen und Region hatte beschlossen, die Studie zu ultrafeinen Partikeln in der Rhein Main Region in zwei Hauptteile zu vergeben: eine Belastungsstudie und eine Wirkungsstudie, die jeweils durch sogenannte Designstudien vorbereitet wurden. Auftraggeberin der Studien ist die Gemeinnützige Umwelthaus GmbH, die als Geschäftsstelle des FFR fungiert.

TOP 5, Antrag zur Erweiterung der Nachtflugbeschränkung auf die gesetzliche Nacht

Im November 2023 hatten sich die BIs der südliche Ortsteile von Mainz und die Ortsvorsteher:innen mit dem Oberbürgermeister der Stadt Mainz, Nino Haase, getroffen. U.a. wurden Beschlüsse der Ortsbeiräte verabredet, in denen die Fluglärmproblematiken und Lösungsvorschläge an die Verwaltung herangetragen werden sollen. Zwei Beschlüsse (s.o. TOP 3) wurden bereits der Verwaltung vorgelegt. Tobias Hoffmann, Weisenau, hat aktuell einen weiteren Beschlussantrag formuliert und mit allen Parteien des Ortsbeirats Weisenau abgestimmt. Darin geht es um die Erweiterung der Nachtflugbeschränkung auf die gesetzliche Nacht. Tobias Hoffmann bittet den Antrag auch in die Ortsbeiratsitzungen Laubenheim, Hechtsheim, Bretzenheim, Marienborn und Oberstadt einzubringen.

Der Antrag ist als Anlage beigefügt.

TOP 6, Entwicklungen in Schiphol und Wien

Schiphol: Gericht urteilt, dass der niederländische Staat die Anwohner des Amsterdamer Großflughafens Schiphol zu wenig vor Fluglärm geschützt hat. Geklagt hatten die Anwohner gegen die Niederlande. Sie hatten ihre Klage damit begründet, dass sie durch den Fluglärm schlecht schliefen und unter psychischem Stress litten. Der Staat verwies dagegen auf die große wirtschaftliche Bedeutung des Flughafens Schiphol.

In ihrem Urteil betonten die Richter, dass der Staat sich an die eigenen Regeln halten müsse und die Grenzwerte neu festgelegt werden müssten. Die Interessen der Bürger seien „systematisch unrechtmäßig“ den Interessen der Luftfahrt untergeordnet worden.

Insofern habe der Staat gegen den Europäischen Menschenrechtsvertrag verstoßen und muss nun innerhalb eines Jahres Maßnahmen gegen die dauerhaft hohe Lärmbelastung ergreifen.



Wien Schwechat: Die österreichische NGO „Aviation Reset“ hat sich an das österreichische Bundesministerium Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie –BMK– gewandt und kritisiert, dass das Fluglärmmentgelt nur dann sinnvoll ist, wenn es Lenkungscharakter hat. Das BMK hat die Kritik positiv aufgenommen. Im Bescheiden für das Jahr 2024 findet sich die Auflage des BMK gegenüber dem Flughafen, einen umfassenden Bericht über die Eignung (Lenkungswirkung) der Maßnahme vorzulegen. Zudem wurden verpflichtende Kriterien für die Feststellung der Lenkungswirkung vom BMK definiert.

Der Bericht ist dem BMK spätestens bei Antragstellung auf Anpassung der Flughafenentgelte im nächsten Jahr, also für 2025, vorzulegen. Das Schreiben des BMK beschreibt auch die verpflichtenden Kriterien für die Feststellung der Lenkungswirkung.

gez. Schmidt